

Bundestagspräsident a.D. Dr. h.c. Wolfgang Thierse

Der abgehängte Osten und der unabhängige Westen – Zur Lage jenseits aller Klischees
(Einleitung zu einem Gespräch mit Christina Morina)

Jedes Jahr zum Tag der deutschen Einheit erleben wir das gleiche Ritual: Lob der Ostdeutschen für ihre Revolution, Beschwörung der Gemeinsamkeit, Formulierung der noch zu bewältigenden Aufgaben zur Vollendung der Einheit... Und ringsum den Einheitstag Klagen über Spaltung, über Nichtverstehen, über eine noch vorhandene „Mauer in den Köpfen“... Aber diesmal – nach dem Erschrecken über das Ergebnis der drei Ostdeutschen Landtagswahlen – war ein neuer Ton zu hören: Der Osten ist anders, der Osten bleibt anders (so der Untertitel eines sehr informativen Buches von Steffen Mau, das gerade erschienen ist).

Aber stimmen die Bilder vom anderen Osten, gar vom abgehängten Osten? Gibt es, wie der Soziologe Heinz Bude meint, „Unterschiede in den Lebensweisen und Gesellschaftsauffassungen“ zwischen Ost und West in Deutschland? Steffen Mau versucht den Osten zu erfassen, als „spezifischen Erfahrungs-, Sozial- und Kulturraum, der als subjektiv erlebter und kollektiv gedeuteter Zusammenhang zum Thema wird“. Allerdings weist er ausdrücklich darauf hin, dass sich Ost-Identität in Bezugnahme und Abgrenzung zum Westen bestimmt. Das wiederum ist überhaupt nicht neu!

Was verraten nun die Wahlergebnisse vom September für die Beantwortung dieser Fragen?

Die Wahlen im September 2024 sind ein Einschnitt in der deutschen Demokratiegeschichte seit 1945! Vor fünf Jahren, als die AfD bei ostdeutschen Landtagswahlen bereits 25 Prozent der Stimmen, aber keinen Einfluss auf die Regierungsbildung erreicht hatte, konnte man noch meinen, wie es in einem Kommentar hieß: „Noch einmal davongekommen“. Diesmal sind wir es nicht. Wir stehen vor einem Ergebnis, das mich nicht überrascht, aber traurig und wütend macht. Und das ich wie eine persönliche Niederlage empfinde.

Ich bin in Thüringen aufgewachsen, habe lange dort gelebt, war auch als Politiker in den ostdeutschen Ländern immer wieder unterwegs und bilde mir ein, Land und Leute zu verstehen. Als Bundestagspräsident bin ich Hilferufen von demokratischen Initiativen in thüringischen und sächsischen Kleinstädten gefolgt, um sie gegen Neonazis und rechte Schläger zu unterstützen. Landes- und Kommunalpolitiker nannten mich daraufhin Nestbeschmutzer, weil es ein Nazi-Problem bei ihnen gar nicht gäbe. Das darf man nicht vergessen: Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit, Antisemitismus, Demokratieverachtung waren immer Teil ostdeutschen Lebens und Empfindens, schon zu DDR-Zeiten. In meiner Zeit als aktiver Politiker habe ich gegen manchen Widerstand immer wieder neu versucht, die Interessen der Ostdeutschen zu vertreten, die ostdeutschen Probleme zur Sprache zu bringen und zum Gegenstand gesamtdeutscher Lösungsanstrengungen zu machen. Vielleicht nicht ganz ohne Erfolg. Es ging mir immer darum, sowohl um Verständnis für die ostdeutschen Nöte, Ängste und Hoffnungen, als auch – in Ostdeutschland – um Verständnis für die Mühsal und Langsamkeit von Demokratie zu werben.

Und nun dies. Nach 35 Jahren deutscher Einheit sorgen meine Landsleute für einen solchen Erfolg einer rechtspopulistisch-rechtsextremistischen Partei, der Partei eines völkischen Nationalismus! Nur eine Protestwahl? Die Wähler in Sachsen und Thüringen wussten genau, wen sie wählen – Höcke und Co haben sich deutlich genug ausgedrückt – und sehr viele taten es aus Überzeugung, aus inhaltlicher Übereinstimmung (wie Wahlnachfragen und Wahlanalysen belegen). Da ist nichts mehr zu beschönigen. Noch niemals in Nachkriegsdeutschland haben Rechtsextreme so viel und so gefährliche Macht erhalten (in zwei Landtagen eine Sperrminorität). Zugleich wählen Andere eine Partei, deren Programm in einer Person besteht, die kaum Mitglieder und dafür zwei sehr großzügige Spender hat – und ganz viel Verheißung („Bei uns bekommt die Zukunft eine Heimat“, so ein BSW-Plakat.) Die beiden „neuen“ Parteien, BSW und AfD erreichen zusammen im sächsischen und im brandenburgischen Landtag fast die Mehrheit der Mandate, im thüringischen Landtag erzielen sie eine eindeutige Mehrheit. Eine furchtbare Niederlage für die bisher regierenden Parteien! (In Thüringen haben die Ampelparteien zusammen 8 und die Linke 18 Prozent verloren und AfD 9,4 und BSW 15,8 Prozent gewonnen.) Diese Wahlergebnisse werden – und das ist durchaus fatal – die Schwierigkeiten der Regierungsbildung und der demokratischen Entscheidungsprozesse vergrößern und damit unausweichlich neue Ungeduld und Enttäuschung und Wut produzieren. Was die Wähler (vermutlich) nicht wollten, haben sie nun selbst herbeigeführt.

Ich war in den vergangenen Monaten in Thüringen unterwegs und erschrocken über das Ausmaß von Wut gegen „die da oben“ (nicht nur in Berlin), den Hass auf demokratische Politiker und Institutionen. Meinungsumfragen belegen zudem eine wachsende Zustimmung zu Gewalt. Die Wahlergebnisse vom September sind Ausdruck dieser Wut und der massiven Unzufriedenheit mit den Landesregierungen und vor allem mit der Bundesregierung. Das ist verständlich. Diese Bundesregierung quält uns mit ihrem ständigen Streit, sie erscheint als nicht fähig, einen riesigen Probleberg auf überzeugende Weise zu bewältigen. Sie eignet sich wahrlich gut zum Sündenbock. Aber damit ist sie ja, leider, nicht allein in Europa: Fast überall kriselnde Regierungen und ein Erstarken rechtsextremer und populistischer Kräfte. Das ist kein Trost, im Gegenteil. Sollte aber ein wenig vor monokausalen Erklärungen und allzu flotten Schuldzuweisungen schützen.

Mir ist ein Widerspruch aufgefallen: Viele Ostdeutsche schimpfen hemmungslos, malen die Lage schwarz in schwarz, die Zukunft erscheint ihnen finster, das Land im Untergang. Und zugleich, danach gefragt, sagen die meisten: Mir geht es eigentlich ganz gut. Das ist ein Widerspruch, der durch viele Meinungsumfragen, etwa den Sachsenreport, bestätigt wird. Eine fast apokalyptische Stimmung von rechts, der argumentativ kaum beizukommen ist. Befragt, was denn konkret der Anlass für ihre Kritik und Wut ist, sind es immer wieder dieselben Themen: Eine geradezu hasserfüllte Angst vor der Migration, die Unbeherrschbarkeit der Zuwanderung (auch in Orten, wo es kaum Ausländer gibt), damit verbunden ein diffuses, nicht zu überwindendes Gefühl von Unsicherheit wegen zunehmender Kriminalität (die Mordtat von Solingen war gewiss noch einmal ein Trigger), die Wut über das Heizungsgesetz und die Energiekosten, die Angst vor den Folgen des Ukraine-Krieges... Es geht immer um wirkliche Probleme, die aber im Gefühl ins Katastrophische übersteigert werden.

Und überhaupt: Dass „die da oben“ und „die im Westen“ über uns bestimmen wollen, von uns einfach so viele schmerzende Veränderungen verlangen! Das Wahlergebnis ist wohl auch Ausdruck einer gewachsenen ostdeutschen Verärgerung und Renitenz: Die in Berlin befassen sich mit Cannabis-Freigabe, mit Gendersprache, mit Geschlechts-Selbstbestimmung, überfordern uns mit ihren eifrigen ökologischen Zwangsmaßnahmen. Und kümmern sich nicht um unsere wirklichen Probleme: Den Zusammenbruch des öffentlichen Verkehrs und der Gesundheitsversorgung auf dem Lande, dem Wegfall der vertrauten Arbeitsplätze, den nach wie vor bestehenden West-Ost-Differenzen bei Einkommen und Vermögen, bei der Wirtschaftskraft. Es gibt ja tatsächlich und trotz aller Anstrengungen und Fortschritte der vergangenen 35 Jahre noch deutliche wirtschaftlich-soziale und auch kulturell-mentale Unterschiede zwischen West und Ost. Wir sind eben „ungleich vereint“ (Steffen Mau).

Was Ostdeutschland erlebt, ist das nur und besonders ostdeutsch? Oder erleben, erleiden, empfinden die Ostdeutschen nur mit besonderer Härte und Verunsicherung, was die allgemeine Weltlage bestimmt, in Europa und auch im Westen Deutschlands? Nämlich die Gleichzeitigkeit verschiedener umwälzender Entwicklungen und heftiger Veränderungen. Von Polykrise spricht man und meint die widersprüchliche Globalisierung mit ihren Migrationsschüben, die die Fremden und das Fremde näherbringen und das Eigene, Selbstverständliche infrage stellen. Meint in einer geöffneten Welt die unvermeidliche und doch konfliktbehaftete ethnische und kulturelle Pluralisierung unserer Gesellschaft. Meint die dramatischen Veränderungen von Produktion und Kommunikation durch KI, durch Digitalisierung. Vor allem die Verhinderung der ökologischen Katastrophe verlangt so viel radikale Veränderung unserer Lebensweise! Und dann auch noch die Ängstigungen durch Pandemien, durch Inflation, durch Terrorismus und Gewalt, durch nicht enden wollende Kriege!

Schwere Zeiten für Politik, in denen Maßnahmen zur Bewältigung der einen Krise zur Verschärfung einer anderen führen können. (Nur ein Beispiel: Wir brauchen in Deutschland mehr Wohnungen, also schnelleren Wohnungsbau und deshalb werden die ökologischen Standards gesenkt). Die Bedingungen für das Gelingen demokratischer Politik, für deren Entscheidungen sind – zumal bei höchst vermischten Zuständigkeiten in unserer Mehrebenendemokratie – unübersehbar komplexer und mühseliger geworden. Was wiederum die Ungeduld verschärft und das vielleicht verständliche, aber doch autoritäre Bedürfnis nach „Führung“ verstärkt, nach einem Alexander, der den gordischen Knoten durchschlägt.

Es ist ja auch wirklich sehr viel, was individuell und kollektiv zu bestehen ist. Allerdings: Die Gefühle der Unsicherheit, der Gefährdung des Vertrauten und Gewohnten, der Infragestellung dessen, was Halt und Zusammenhalt gibt, insgesamt als ökonomische Abstiegsängste und soziale Überforderungsgefühle und kulturelle Entheimungsbefürchtungen und tiefgehende Zukunftsunsicherheiten – sie sind höchst ungleich verteilt. Es gibt unübersehbar auch ein West-Ost-Gefälle der Sicherheiten und Gewissheiten: Nach den ostdeutschen Erfahrungen eines Systemwechsels, eines radikalen Umbruchs – sowohl ökonomisch-sozialer wie moralisch-kultureller Art, nach dem vielfachen Erlebnis der Entwertung und des Entschwindens der eigenen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen.

Zeiten heftiger Veränderungen und Verunsicherungen – das sind Zeiten für Populisten, also für die großen und kleinen Vereinfacher und Schuldzuweiser, die die verständlichen

Sehnsüchte nach Erlösung von ängstigenden Unsicherheiten flott zu befriedigen versprechen. Zumal eben in Ostdeutschland! Hier trifft ja die gegenwärtige Veränderungsdrematik auf Menschen, die die dramatischen Veränderungen seit 89/90 mit Schmerzen und Verlusten noch nicht gänzlich und vor allem nicht gleichermaßen erfolgreich bestanden haben. So viel Umwälzung in kurzer Zeit und nun die nächste Welle umgreifender Veränderungen! Die das mühsam Erreichte und Behauptete infrage stellen. Bitte nicht schon wieder! Dieses Empfinden macht nicht wenige empfänglich für die einfachen, radikalen Botschaften, für das Angebot alt-neuer konservativ-nationaler Gewissheiten und wütend-aggressiver Abwehr schmerzender Veränderungen. Der Soziologe Steffen Mai spricht von „Veränderungerschöpfung“, die in Ostdeutschland besonders heftig und durchaus aggressiv als Veränderungsunwillen wahrzunehmen ist.

AfD und BSW sind bei den Wahlen erfolgreich geworden, indem sie auf gegensätzliche und zugleich durchaus verwandte Weise das Bedürfnis nach einfachen und schnellen Antworten und nach „Führung“ bedienen. Sie versprechen schmerzlose Veränderung deren Kosten verschwiegen werden, deren Opfer andere sein sollen. „Remigration“ steht in großen Buchstaben auf den AfD-Plakaten, Höcke schreit: „Ausländer raus“ und „Grenzen dicht“ und erntet jubelnde Zustimmung. Das BSW präsentiert Sarah Wagenknecht, die selbst gar nicht kandidiert, als Erlöserfigur, als Wunderheilerin. Die verständliche, berechnete Friedenssehnsucht ist für beide erfolgreich instrumentalisierbar gewesen: Soll doch die Ukraine gefälligst den Preis ihrer Unterwerfung, den Preis ihrer Freiheit entrichten, damit unser Ruhe- und Friedensbedürfnis befriedigt wird!

Es waren Wahlen in Ostdeutschland, deren Ergebnisse sind nicht nur aus aktuellen Konflikten zu erklären, sondern haben eine längere Vorgeschichte. Darüber will ich ausführlicher sprechen. Zur wirksamen Erbschaft der DDR gehört eine eigentümlich ambivalente Staatsfixierung! Misstrauen, Ablehnung und Wut gegenüber „denen da oben“, den demokratischen Parteien, Politikern und auch öffentlichen Medien, steht durchaus in der Tradition des autoritär geprägten Verhaltens zu kommunistischen Zeiten: Man hatte in der DDR alles von oben zu erwarten, alles wurde von oben angeordnet – das eben bedeutete die „führende Rolle der SED“. Selbstverantwortung war nicht gefragt, sie war verdächtig im vormundschaftlichen Staat. Gegen Ende der DDR, nach einem langen Prozess der Erosion war die Autorität von Partei und Staat endgültig erschüttert, denn die oben konnten den versprochenen Wohlstand nicht liefern und die ideologischen Zukunftsverheißungen wurden nicht mehr geglaubt. Der moralische Zusammenbruch des Regimes folgte, ein notwendiger Teil der Revolution von 1989, die im übrigen – wie historisch immer – von einer Minderheit angezettelt und dann von der autoritär enttäuschten Mehrheit getragen wurde - bis zur Wahl am 18. März 1990.

Das Ergebnis dieser Wahl war von unüberbietbarer Eindeutigkeit. Eine große Mehrheit wollte, erklärlicherweise – angesichts des auch wirtschaftlichen Zusammenbruchs der DDR – so schnell wie möglich unter das rettende Dach der Bundesrepublik. Sie richtete ihre Erwartungen an Helmut Kohl, trug ihm die enttäuschten autoritären Erwartungen an, er hatte schließlich, parteipolitisch genial, der deutschen Vereinigung eine bei vielen Ostdeutschen verfangende patriarchale Prägung gegeben: „Ich nehme euch an die Hand und führe euch ins Wirtschaftswunderland“. Eine Mehrheit der Ostdeutschen wollte das glauben, enttäuscht und

verunsichert und hoffnungsbereit, wie sie verständlicherweise waren. Aber das kennen wir doch: Je größer der politische Glaube, umso größer die Enttäuschung, die in Wellen die vergangenen 35 Jahre die ostdeutsche Stimmungslage mitbestimmt hat - bis zum Wahlergebnis am 1. September. Hatte sich die politische Glaubenserwartung (und deren autoritäre Enttäuschung) zunächst an die CDU und dann an die SPD und immer auch teilweise als Protest an die Linkspartei gerichtet, so ist sie jetzt bei gleich zwei, durchaus unterschiedlichen, populistischen Parteien gelandet: Der Partei eines völkischen Nationalismus, eines „autoritären Nationalradikalismus“ (wie Wilhelm Heitmeyer sie nennt) und der Partei einer auf eine Heilige gegründeten Verheißung.

Was im Vergleich zu unseren Schicksalsgenossen, den östlichen europäischen Nachbarländern, für Ostdeutschland ein erheblicher wirtschaftlicher und sozialstaatlicher Vorteil war, nämlich der Beitritt der gescheiterten DDR zur Bundesrepublik und damit die Übernahme der Verantwortung durch einen funktionierenden Rechts- und Sozialstaat (es gab in der DDR trotz dramatischer Umbrüche und Arbeitslosigkeit keine Massenverelendung, im Unterschied etwa zu Polen), eine gut funktionierende Wirtschaft – genau dies erweist sich nun als ein demokratie-politischer, als ein mentalitäts-politischer Nachteil! Unsere östlichen Nachbarn mussten sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen, sie bekamen keine Hunderte Milliarden von Subventionen, keinen Solidarpakt, ihre Führungspositionen konnten nicht von Leuten aus einem erfolgreich gewordenen Land der gleichen Nationalität übernommen werden, die ihre Erfahrungen, aber auch ihre Netzwerke mitbrachten. Allerdings: Keine Revolution, auch eine so friedliche, kommt ohne Elitenwechsel aus. Der schmerzt immer und umso mehr, wenn die Eliten „einreiten“.

Wäre es gänzlich anders gegangen? Ich glaube nicht. Aber es tut doch weh. Denn die Grundkonstellation des Einigungsprozesses von 1990 war doch so: Ein gescheitertes und ein erfolgreiches System kamen zusammen, da waren die Gewichte klar verteilt. Bei den einen musste sich alles ändern, bei den anderen (scheinbar) nichts. Warum sollte sich in Freiburg etwas ändern, nur weil die in Leipzig den Kommunismus erledigt haben!? Die Einen (die Wessis) wurden die Lehrmeister und die Anderen (die Osis) die Lehrlinge. Das ist halt kein Verhältnis der Gleichrangigkeit, auch wenn es unausweichlich war. Die friedliche Revolution musste ja einen Prozess der „nachholenden Modernisierung“ (Jürgen Habermas) in Gang setzen.

Aber dieses Grundverhältnis bestätigte den alten ostdeutschen Minderwertigkeitskomplex: Wir Ostdeutschen hatten doch immer nach Westen geschaut und empfanden uns als schwächer, ärmer, schlechter als der so erfolgreiche Westen. Das Gefühl der Zweitklassigkeit, der Zurücksetzung ist in der DDR angelegt worden. Schon Uwe Johnson hat es 1970 beschrieben: Die DDR habe ihre Leute mit der Einbildung ihrer eigenen Minderwertigkeit angesteckt.

Verständlich, dass sich die Hoffnungen 1990 an den Westen richteten. Die Wunder aber, die erwartet und gefordert und versprochen wurden, traten nicht ein. Der deutsche Einigungsprozess wurde mühseliger, die Angleichung der Lebensverhältnisse dauert länger, der wirtschaftliche Transformationsprozess war furchtbar schmerzlich (die dramatische Arbeitslosigkeit!), die Ungleichheiten zwischen West und Ost sind noch immer nicht gänzlich überwunden (Einkommen und Vermögen). Das tat weh und tut weh und wird vielfach als

Zurücksetzung, als Nichtanerkennung empfunden. Ein politisch höchst ausbeutbares Gefühl. Man kann daraus einen Bestseller machen wie Dirk Oschmann („Der Osten als Erfindung des Westens“), aber befördert damit nicht Selbstbewusstsein und Selbstverantwortung von Ostdeutschen. Man kann damit als Empörungsunternehmer bei Wahlen erfolgreich sein. Aber man hilft den Ostdeutschen damit nicht.

Zu wenige Ostdeutsche haben nach 89/90 die gemeinsame Demokratie als Einladung zu eigener Verantwortung, als Aufforderung zum demokratischen Mitmischen begriffen – und vielleicht auch nicht begreifen können, weil der stärkere Teil des gemeinsamen Landes ja das Heft in die Hand genommen hatte, von der ungeduldigen ostdeutschen Mehrheit damals auch so gewollt, wie die Wahlergebnisse der früher 90er Jahre zeigen. Die revolutionäre Selbstermächtigung von 89 endete in einer nationalen Wende! Jetzt sollten es die Westparteien richten. Die Mitgliederzahlen der demokratischen Parteien blieben im Osten beklagenswert niedrig. Man hatte genug von „der Partei“ (der SED). Allzu wenige wagten das riskante, enttäuschungsbehaftete Alltagsengagement in der Demokratie und war ja mit dem eigenen ökonomischen Überleben befasst. Und die es wagten, wurden immer wieder beschimpft und bedroht. Nicht wenige haben aufgegeben, aus Frust, aus Angst um die eigene Familie und um die eigene Gesundheit.

Die Wahlergebnisse vom September zeigen: Nach 35 Jahren deutscher Einheit haben wir es mit einer durchaus unterscheidbaren politischen Kultur zu tun. Diese ist im Osten fragiler, mit schwächeren demokratischen Strukturen, mit weniger festen Parteibindungen und vor allem bei vielen Menschen mit einer anderen Vorstellung von Demokratie: Weniger Parteiendemokratie, nicht die repräsentative Demokratie mit ihrem Regelwerk und Institutionengefüge, mit ihrem zeitraubenden Entscheidungsprozessen – sondern direktere Demokratie, der Vollzug des Volkswillens, statt quälendem Streit die umweglose Durchsetzung der Mehrheitswünsche durch eine entschlossen geführte Politik, durch klare Führung.

Diese Demokratievorstellung – dokumentiert durch die Wahl zweier unterschiedlicher, aber doch gemeinsam autoritärer Parteien - ist eine Herausforderung für die bisher das politische System der Bundesrepublik tragenden Parteien. Dieses System, das fundamentaler Teil der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik war, muss sich neu bewähren – in Ostdeutschland vor allem, in unruhigen Zeiten von Krisen und Umwälzungen und angesichts von so viel Veränderungsschmerz und Unwillen. Ohne Wunder, aber durch gute Politik. Die Demokraten haben die Pflicht, der autoritären Versuchung und Verführung zu widersprechen und zu widerstehen. Das ist allerdings nicht nur eine ostdeutsche Angelegenheit!